

Landesgruppe Bremen

Vorstand:

Maresi Lassek

Günter Griesch

Roswitha Kremin

Prof. Dr. Petra Milhoffer

Karin Sanders

Inge Tietjen

Bremen, d. 15.2.04

Stellungnahme des Grundschulverbands Landesgruppe Bremen zur Deutung der IGLU-Ergebnisse in Bremen

von Petra Milhoffer, Maresi Lassek, Roswitha Kremin

Die pauschale Kommentierung der Bremer IGLU-Ergebnisse z. B. mit "Lehrer bemühten sich zu wenig" (WK 27.1.04) kann nicht unwidersprochen bleiben. Sie demütigt und entwertet undifferenziert die Arbeitsleistung und das Engagement der Lehrkräfte in Bremer Grundschulen. Sinnvoll ist, Lehrkräften Ansporn und Gelegenheit zu geben, ihr methodisches und lernpsychologisches Handlungsrepertoire zu erweitern und zu erneuern. Aber, wenn über Qualität - oder wie jetzt - über mangelnde Qualität an Bremer Grundschulen gesprochen wird, muss eine Vielzahl von Ursachen benannt werden, die u. a. in der jahrzehntelangen Sparpolitik im Bereich Bildung zu suchen sind.

Besonders an den Kleinsten wurde und wird systematisch in einer Weise gespart, dass selbst Senator Lemke dies als unhaltbar herausstrich und dementsprechend forderte, die Finanzierung von Grundschulen müsse gemäß OECD der von weiterführenden Schulen angepasst, d.h. nach oben korrigiert werden. Die Schwächsten im System, die Grundschulen und hier speziell die Grundschulen in benachteiligten Stadtteilen, sind am stärksten betroffen. Und die waren in der IGLU-Stichprobe in Bremen in der Überzahl.

Gerade aktuell weist der Arbeitsmarktforscher Paul M. Schröder auf Armut als einer wichtigen Ursache für schlechte Schulleistungen hin: 2002 seien von 1.000 Kindern (7-11 Jahre) in Bremen 192 Kinder auf Sozialhilfe angewiesen gewesen, im westdeutschen Durchschnitt jedoch nur 60, in Baden-Württemberg 37 und in Bayern 29 Kinder. (taz Bremen Nr. 7274 vom 3.2.2004). Bremerhaven ist seit über 15 Jahren mit einer Arbeitslosenquote von 20% und mehr belastet.

Die Ursachen für die niedrigeren Ergebnisse Bremens im nationalen Vergleich gehen über eventuelle Nachlässigkeiten von Lehrkräften weit hinaus. Nicht zu vergessen, dass die Ergebnisse Bremens in der internationalen Rangskala im Bereich von Griechenland, Frankreich und Norwegen liegen und nicht so desolat sind wie es im Moment dargestellt wird.

Seit Beginn der achtziger Jahre wird in Bremen ein Sparprogramm zum Schuldenabbau gefahren, das vor allem die Grundschulen betroffen hat. Als Beispiele seien benannt: der rigide Einstellungsstopp, der Abbau von Förderstunden, der Einsatz von Lehrkräften aus der Sekundarstufe I und sogar aus der Sekundarstufe II (was die Professionalität der

Grundschularbeit natürlich verändert hat), die Schließung von Bibliotheken in Grundschulen, die Erhöhung der Klassenfrequenzen, die Erhöhung der Arbeitszeit der Lehrkräfte, die Kürzung der Krankenreserve und eine deutlich geringere Schülerjahresstundenzahl als in anderen Bundesländern (z. B. Bremen 777 und Baden-Württemberg 839 Schülerstunden im 4. Jahrgang). In Bremen haben die Kinder dadurch bis zum Ende des 4. Schuljahres über ein halbes Jahr weniger Unterricht. Hinzu kommen veraltete Arbeitsmittel (infolge der "Lehrmittelfreiheit"...), teilweise veraltetes Lehrmaterial und eine erst langsam greifende Sanierung der zum Teil verwastrten Gebäude. Die Sparmaßnahmen finden ihre Fortsetzung in der Lehreraus- und -fortbildung. Sie reichen von der Einschränkungen und schließlich kompletten Abschaffung der Schulanfangstagung bis zum Abbau von Praxislehrerstellen, auf denen sich Lehrkräfte in der Universität durch die Mitarbeit an Lehrprojekten fortbilden konnten und durch die neue methodische und didaktische Impulse in die Schulen gelangten. Der Studiengang Primarstufe hat mit fünf hauptamtlichen Professuren und einer unzureichenden Mittelausstattung 1000 Studierende "qualifiziert" auszubilden. In "Eliteuniversitäten" kommen auf eine Professorin/einen Professor 20 Studierende. Wäre es nach dem schlechten Abschneiden Deutschlands bei PISA nicht angebracht, gerade die Lehrerbildung an Universitäten zur Chefsache zu erklären?

Zum schlechten Abschneiden Bremer Schulen in der IGLU - Studie im einzelnen.

1. An den IGLU - Tests waren 21 Bremer und 4 Bremerhavener Grundschulen beteiligt, davon 7 sogenannte Volle Halbtagsschulen. Von der Bremer Stichprobe waren ca. 3/5 der Schulen in schwieriger sozialer Lage. Zeitgleich wurde in einer eigenen Untersuchung die Effektivität der 14 Vollen Halbtagsschulen im Vergleich zu einer Kontrollgruppe von 12 Verlässlichen Grundschulen in ähnlicher sozialer Lage gemessen. Die Vollen Halbtagsschulen waren überwiegend in benachteiligten Stadtteilen eingerichtet worden als Reaktion auf soziale Not, von der dort sowohl Migranten wie Deutsche betroffen sind. Trotz der kurzen Bestandszeit der Vollen Halbtagsschulen (2 bis 5 Jahre) sind deren Testergebnisse besser ausgefallen. Ein deutlicher Hinweis darauf, dass positive Wirkungen erkennbar sind, wenn vernünftig ausgestattete Gesamtkonzepte an Schulen finanziert werden. Wie sollen Kinder mit Migrationshintergrund im selben Lerntempo die deutsche Sprache lernen und gleichzeitig in ihrer ersten Fremdsprache die schulischen Lernangebote wahrnehmen, wenn nur 57% von ihnen im Kindergarten waren und in der Schule zu wenig Zeit zum Kommunizieren vorhanden ist. Hier boten die Vollen Halbtagsschulen ein Konzept, in welchem entscheidende Verbesserungen angebahnt werden konnten.
2. Kindergärten sind in Deutschland nicht kostenlos. Es sind die Armen und Migranten, die ihre Kinder von daher lieber zu Hause behalten, zumal die Mutter oder der Vater meist wegen Arbeitslosigkeit ohnehin da sind. Gerade in solchen Stadtteilen werden an die Schule erhöhte Anforderungen gestellt, da bei den Kindern erst geeignete Lernvoraussetzungen zu schaffen sind.
3. Ausländerförderung wurde und wird zwar als Desiderat der Lehrerbildung erachtet, es gab aber nicht genügend Ressourcen, um die Aus- und -fortbildung entsprechend zu gestalten. Ein von einigen Studierenden angewählter Studiengang DaZ/DaF (Deutsch als Zweit-/Fremdsprache) reicht eben für die flächendeckende Qualifizierung von Grundschullehrkräften für die kompetente Arbeit an Schulen mit einem Ausländeranteil von 40 bis 80% nicht aus. .
4. Für die Information und Einbindung von Eltern in die Schulen bestehen zu wenige Angebote. Es gibt weder Programme für ausländische Eltern noch für die belasteten deutschen Familien, um der dramatischen sozialen Kopplung von Bildungschancen entgegenzutreten und mehr Kindern bessere Schulabschlüsse zu ermöglichen.

5. Lehrer/innen in den Bremer Grundschulen sind mit einem Altersdurchschnitt von etwa 50 Jahren die ältesten in der ganzen Welt. Nichts gegen die Weisheit, die Lebenserfahrung und das Engagement älterer und berufserfahrener Menschen. Fakt ist jedoch, dass sich viele (nach den ständigen Kürzungen und Einsparungen) ausgepowert fühlen und Fakt ist, dass vielen die Impulse und die Unterstützung durch junge Lehrkräfte fehlen.
6. Viele Lehrerinnen arbeiten in Teilzeit und haben von daher als Klassenlehrerinnen zu wenig Stunden in ihrer Klasse. Unterrichtsausfall durch Krankenstände kann kaum qualifiziert ausgeglichen werden. Durch das Diktat der Verlässlichkeit kommt es zu einer Minderung der Unterrichtsqualität, weil unvorhergesehen häufig Kinder aus anderen Klassen mitbetreut werden müssen.
7. Nicht zuletzt haben Bremens Grundschulen noch eine besondere Leistung hinsichtlich der Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Lernen, Sprache und Verhalten zu erbringen.

Wenn das - im Vergleich mit nur fünf anderen Bundesländern - schlechte Abschneiden Bremens richtig gedeutet werden soll, muss folglich das Zusammenwirken dieser Bedingungsfaktoren berücksichtigt werden. Die Integrationsmöglichkeiten in vielen Grundschulen reichen bei der derzeitigen knappen Ausstattung nicht aus, um auf die große Bandbreite der Lernniveaus von Schülerinnen und Schülern angemessen einzugehen.

Zu einfach ist es daher, LehrerInnen für das schlechte Abschneiden Bremer Grundschulen bei IGLU verantwortlich zu machen.

Bremen braucht vor allem in den Grundschulen langfristige Planungsperspektiven und eine dem Förderbedarf einer multikulturellen Großstadt angemessene Ausstattung, um die Leistungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern zu steigern. Das sollte im übergreifenden Interesse aller politischen Parteien liegen. Gegen eine kontinuierliche Überprüfung und Evaluation dieses Prozesses ist nichts einzuwenden.

Der Grundschulverband hofft auf eine differenzierte Analyse der Ergebnisse der IGLU-Studie durch die Verantwortlichen und wünscht sich vom Dienstherrn, dass er die Qualitätssteigerung von Schule und Unterricht über die Sicherung der personellen Ausstattung, ausreichende Fortbildungsangebote und mehr Ressourcen für die Evaluation der notwendigen Schulentwicklung konstruktiv unterstützt.